

## Leserbrief zu „Man lässt die kleinen Kliniken finanziell ausbluten“

MZ vom 05. Februar 2024

Wenn man den o.g. Artikel liest, kommt man leicht zu dem Eindruck, dass an der Misere einzig und allein die jetzige Regierung, und namentlich Karl Lauterbach schuld ist.

In Einem müssen wir der CSU recht geben, es ist fatal, dass Herr Lauterbach die Gesundheitspolitik seiner Vorgänger der letzten 3 Legislaturperioden, Philipp Rösler (FDP 2009–2011), Daniel Bahr (FDP 2011-2013) Hermann Gröhe (CDU 2013-2018) und vor allem Jens Spahn (CDU 2018-2021) 1:1 fortsetzt. Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist aber nicht mit Amtsantritt von Herrn Lauterbach vom Himmel gefallen. Die Unterfinanzierung ist zum großen Teil Folge der DRGs und der Möglichkeit, Gewinne im Gesundheitswesen erzielen zu dürfen.

Um die Daseinsvorsorge aller Bürger sicherstellen zu können, benötigt es einer grundsätzlich anderen Politik. Es darf nicht länger sein, dass das Geld, das die Versicherten in die Sozialkassen einbezahlt haben, durch Auszahlung von Dividenden an private sowie gemeinnützige Investoren abfließt und somit den Versicherten entzogen wird. Wir brauchen eine neue Krankenhausfinanzierung. Das Bündnis Klinikrettung mit Sitz in Berlin hat hierfür bereits im Jahr 2022 mit der Studie „Selbstkostendeckung der Krankenhäuser“ [https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2022/11/2022-10\\_Studie\\_Selbstkostendeckung\\_Buendnis\\_Klinikrettung.pdf](https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2022/11/2022-10_Studie_Selbstkostendeckung_Buendnis_Klinikrettung.pdf) eine umfangreiche Analyse vorgelegt.

Aber nicht nur die bundespolitischen, auch die landespolitischen Entscheidungen tragen zu dem Dilemma für die Unterfinanzierung der Krankenhäuser bei. Die Investitionsförderung in Bayern ist inflationsbereinigt seit 1991 um 40% gesunken. In den westlichen Bundesländern ist nur im Saarland und Rheinland-Pfalz die Investitionsförderung stärker gesunken. So wurde z.B. für das Jahr 2022 ein Investitionsbedarf von 1055 Mio. € für Bayern berechnet. Im Haushalt der Staatsregierung waren bis zum Jahr 2023 nur 643,4 Mio. € vorgesehen. Das Versprechen im Wahlkampf die Investitionsförderung auf eine Milliarde € zu erhöhen wurde nicht eingelöst, sondern auf lediglich 800 Mio. € erhöht. <https://schlusskliniksterbenbayern.jimdofree.com/bayernwahl-2023/> Diese fehlenden Geldmittel müssen dann aus den Einnahmen für die Patienten abgezweigt werden, oder die Kommunen, wie im Landkreis Kelheim, kommen dafür auf.

Und natürlich trägt auch die Kreispolitik ihren Teil zur Misere bei. Während der Landrat Martin Neumeyer am 28. u. 29. Februar 2020 noch medienwirksam bei den Demos der KAB und ihren Verbündeten zum Erhalt der ländlichen Krankenhäuser vorne weg mitmarschiert ist und auch Grußworte gesprochen hat, sah seine Politik in den Folgejahren ganz anders aus. Es fand sich zwar immer eine Mehrheit im Kreistag, auch über die Parteigrenzen hinweg, die seiner Politik zustimmten, aber er als gewählter Landrat hat dafür zu sorgen, dass alle Landkreisbürger gleichermaßen eine gute und schnelle ärztliche Versorgung im Notfall erhalten.

Stimmt der Kreistag jetzt den Vorschlägen des Wirtschaftsberatungsunternehmens PricewaterhouseCoopers zu, werden bald 42000 Einwohner keine Notfallversorgung innerhalb 30 Minuten Fahrzeit haben. Und wenn man die Krankenhauspolitik der Fa. Oberender verfolgt, muss man kein großer Prophet sein, dass es im Landkreis Kelheim in 6, 5 oder sogar 4 Jahren überhaupt keine Nothilfe mehr gibt. Für ein entsprechendes Organisationsverschulden absehbarer verspäteter Notfallbehandlungen zeichnet sich dann nicht Minister Lauterbach, sondern Landrat Martin Neumeyer verantwortlich.

Wir können nur an alle Kreisräte appellieren, setzt Euch zusammen, findet eine Lösung für beide Krankenhäuser des Landkreises, nutzt Eure parteipolitischen Kontakte zu den Landes- u. Bundespolitikern damit die Gesundheitspolitik wieder zur Daseinsvorsorge wird.

Peter Ferstl, Staubing, Eininger Straße 14, 93309 Kelheim